

GENAU GENOMMEN

Die Shrinkflation ist nur ein Trick, mit dem Hersteller Kunden „hereinlegen“. Neben weniger zu gleichem Preis gibt es auch mehr zu einem höheren Preis – während die Menge um 10% zunimmt, steigt der Preis um 20%. Noch kreativer werden Produzenten, wenn sie einfach neue Marken erfinden. Die gleichen Kekse landen unter anderem Namen teurer im Regal.

Häufig wird der hohe Preis aber auch vermeintlich gerechtfertigt. Zum Beispiel, weil Lebensmittel um 30% weniger Fett haben oder Geräte um 20% weniger Energieverbrauch. Doch im Vergleich zu was? Etwa im Vergleich zur Kalorienbombe oder dem Stromfresser? Dafür ist auf der Verpackung dann meist kein Platz. Generell spielen Vergleiche eine große Rolle. Händler platzieren absichtlich extra teure Produkte neben „normal teure“. Der 3000-€-Fernseher kommt einem dann wie ein Schnäppchen vor, wenn daneben der Flat-screen um 10.000 € hängt. Ob dieser überhaupt verkauft wird? Wohl kaum . . .

Die „Krone“ deckt auf:

100.000 Neupensionisten droht ab 2025 ein Minus

Es ist ein echter Skandal: Alle, die nächstes Jahr in Pension gehen, könnten Einbußen von bis zu über 20.000 Euro erleiden.

Konkret sind rund 105.000 Menschen, die nächstes Jahr in Alterspension gehen, von einem drohenden Missstand betroffen: Sie könnten einen massiven Kaufkraftverlust erleiden, der sich – auf das gesamte Pensionsleben gerechnet – auf ein gewaltiges Minus von bis zu mehr als 20.000 Euro summieren kann (Grafik).

Das will Ingrid Korosec, Vorsitzende des Seniorenrats, verhindern: Erst diese Woche hat der Seniorenrat einen Brief an Sozialminister Rauch geschrieben und fordert rasche Verhandlungsgespräche. Korosec setzt sich für eine Schutzklausel ein, wie es sie auch für all jene gibt, die 2024 in Pension gehen. Ansonsten falle der Pensionsjahrgang 2025 in ein „Inflationsloch“, das zu geringeren Renten und langfristig deutlichen Verlusten führt.

Das Problem ist nämlich, dass die Gutschriften auf dem Pensionskonto – also

„
Auch für nächstes Jahr sind Sondermaßnahmen notwendig. Wer 2025 in Pension geht, soll nicht benachteiligt werden.

Ingrid Korosec, österreichischer Seniorenrat

die Summen, die die Beschäftigten dort „ansparen“ und die die spätere Pension ergeben – zwar wie die Pensionen jedes Jahr aufgewertet werden, damit jedenfalls die Inflation ausgeglichen wird.

Diese Aufwertung des Pensionskontos erfolgt allerdings mit Verzögerung, was technische Gründe hat. Beispiel: 2024 wurden die Gutschriften um 3,5% aufgewertet, Pensionen aber um 9,7%. In Zeiten, in denen die Inflation jahrelang bei rund zwei Prozent lag, war die Vorgehensweise noch in Ordnung. Aber zuletzt gab es wegen der Explosion der Teuerung eben diese riesige Differenz.

Das hätte absurderweise dazu geführt, dass jemand, der im Dezember 2023 in Rente geht, im Jänner 9,7% als Erhöhung bekommt, während bei jemandem, der erst im Jänner 2024 in Pension ging, die Aufwertung seiner Pensionsansprüche nur 3,5% betragen hätte.

Um diesen Kaufkraftverlust zu verhindern, hat die Regierung erstmals eine „Schutzklausel“ eingeführt – in Höhe der Differenz von 9,7 zu 3,5 – also 6,2%. Alle, die 2024 ihre Pension antreten, erhalten dauerhaft einen sogenannten „Erhöhungsbetrag“, der sich an ihrer Pensionskonto-Gutschrift bemisst und diese um 6,2% aufwertet.

Aber – und das ist der drohende Missstand: Die Schutzklausel gilt nur für heuer. Aber was ist mit jenen, die 2025 in Alterspension gehen werden? Denn die an sich unfaire Differenz von 6,2% wird ja wie ein Rucksack ins nächste Jahr weitergeschleppt, auch

EXPERTEN FORUM

Zuschüsse senken nicht die Eigenheimkosten, Maßnahmen der Raumordnung schon eher

Eigenheimbesitzer konnten die Preissteigerungen seit Mitte der 2010er-Jahre als Zuwachs in ihrem Vermögen verbuchen. Demgegenüber sank für Neueinsteiger im Eigentumssegment die Leistbarkeit kontinuierlich, als Konsequenz steigender Baukosten für Neubauten sowie Grundstücks- und Be-

standskosten und eines zinsbedingten Anstiegs der Finanzierungskosten.

Nicht rückzahlbare Zuschüsse für Haushalte hören sich nach einer geeigneten Lösung aus dieser Kostenfalle an, doch wie wirken sie? Am Anfang der Kostenmisere stand die übersteigerte Nachfrage nach Wohnimmobilien, unterstützt

durch übermäßig günstige Finanzierungsbedingungen in der Zeit der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB).

Nicht rückzahlbare Zuschüsse tragen dazu bei, dass die Nachfrage hochgehalten wird, wobei der Preisauftrieb aber weiterhin wirken kann. Ein Teil der Kosten wird



Foto: zVg

Prof. Dr. E. Springler, FH BFI Wien

WELCHER VERLUST BEI RENTENANTRITT AB 2025 ENTSTEHT

Bisher erworbener künftiger monatlicher Pensionsanspruch ⁽¹⁾	Aufgewerteter Pensionsanspruch 2025 ohne Schutzklausel ⁽¹⁾	Aufgewerteter Pensionsanspruch 2025 mit Schutzklausel in Höhe von 3,7% ⁽²⁾	DIFFERENZ über 20 Jahre ⁽³⁾
1300 €	1385 €	1436 €	14.344 €
1700 €	1811 €	1877 €	18.757 €
2000 €	2130 €	2209 €	22.067 €

¹⁾ Beitragsgrundlage laut Pensionskonto

²⁾ angenommen wird, dass die Beiträge am Pensionskonto um 6,5% erhöht werden (Aufwertungsanzahl 2025)

³⁾ angenommen wird, dass für die Pensionsjahrgänge 2025 eine Schutzklausel von 3,7% notwendig ist, um den Wertverlust des Jahres 2024 auszugleichen

⁴⁾ angenommen wird eine durchschnittliche Lebenserwartung von 20 Jahren

wenn sie sich etwas verringert, da die Beträge am Pensionskonto Anfang 2025 etwas stärker erhöht werden dürften als die Pensionen.

Unterm Strich dürften 2025 immer noch 3,7% fehlen – und dafür fordert Korosec ebenfalls eine Schutzklausel: „Wer 2025 in Pension geht, soll nicht benachteiligt werden.“

Betroffene, die z. B. 1300 € am Pensionskonto haben, würden auf ihre Lebenszeit 14.344 € verlieren. Bei 2000 € sind es bereits 22.067 €. Korosec: „Ich werde nicht lockerlassen, bis vernünftige Lösungen am Tisch liegen!“

Vergil Siegl

Ingrid Korosec, Vorsitzende des österreichischen Seniorenrats:
„Ich werde nicht lockerlassen, bis vernünftige Lösungen am Tisch liegen!“

Foto: Jöchel Martin

durch den Zuschuss getragen, und die Preisdynamik erfährt keinerlei Einschränkung.

Beispielsweise würden Maßnahmen der Raumordnung, die auf die Preisfestsetzung bei Grundstücken einwirken, einen nachhaltigen Beitrag leisten. Die können aber politisch nicht als „schneller Erfolg“ verbucht werden.

ZITATE

„Bevor wir zum Inhaltlichen kommen, jetzt noch die Pressekonferenz!“

Ankündigung vor einem Medientermin mit zwei Mitgliedern der Bundesregierung.

„In den letzten drei Monaten konnte ich Signa als eine internationale, höchst professionelle Immobilienunternehmung mit sehr kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

kennenlernen. Etwas Vergleichbares gibt es in Österreich nicht.“

Erstaunliche Aussendung von Signa-Prime-Vorstand Erhard Grossnigg.

„Wir brauchen keine Bremsen, sondern Booster für die Unternehmen.“

Europa-Ministerin Karoline Edtstadler fordert einen Bürokratieabbau in der Europäischen Union.

„Wir gehen in unseren Budgets davon aus, was mir vernünftig vorkommt“

Selbstbewusster Führungsstil von Ryanair-Konzernchef Michael O'Leary.

STICHWORT



Foto: Dragan Dok

Stefanie Ahammer, VISA-Geschäftsführerin

Kartenzahlung

Trotz immer mehr Kartenzahlungen wissen die Österreicher ihr Bargeld zu schätzen. Gelingt es überhaupt noch, den Anteil an Plastikgeld deutlich zu steigern?

Der Trend ist eindeutig. Auch 2023 stieg die Zahl der Transaktionen mit VISA um 11 Prozent, das Volumen wuchs um 9 Prozent. Wir wollen jetzt zunehmend neben Kreditkarten auch Debitkarten anbieten und hier mit Banken kooperieren.

Doch vor allem in der Gastronomie oder bei kleinen Händlern zahlen viele Konsumenten ohnehin gerne bar.

Wir versuchen, gerade kleine und mittelständische Unternehmen ebenfalls abzuholen. Da gibt es zum Beispiel die Tap-on-Phone-Lösung, mit der gar kein Zahlungsterminal mehr nötig ist.

Und wird die Kartenzahlung dann tatsächlich nachgefragt?

Das sehen wir schon. Ein Viertel gibt laut unserer Umfrage sogar an, Geschäfte, die keine Kartenzahlung anbieten, zu meiden. Und auch für viele Touristen ist es mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, dass es überall Kartenzahlung gibt.